Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.20 Mark, vierteljährlich 3.60 Mark, durch die Post 3.60 Mark ausschließlich Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet.
Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Einundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 7 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 1 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme vormittags 11 Uhr, für die Sonntagsnummer abends 6 Uhr. Abbestellungen von Anzeigenaufträgen, soweit solche zulässig sind, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle a. S.
Erscheint täglich zweimal
Sonntags einmal
Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17.
Neben-Geschäftsstelle Markt Nr. 24.

Nr. 469. Halle, Sonnabend, den 6. Oktober 1917.

Der englische Panzerkreuzer „Drake" versenkt.

Der Vizekanzler bis zum 31. März 1919.

WTB. **Berlin**, 6. Okt. Im Hauptausschuß des Reichstages teilte der Vorsitzende heute zunächst die Antwort des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg auf das Glückwunschtelegramm des Hauptausschusses mit. Die Antwort lautet: Vielen Dank für die Kundgebung des Hauptausschusses, die ich dankbar und freudig empfangen habe.

In Anwesenheit des Reichskanzlers beriet der Hauptausschuß sodann den Nachtragsetat. Zur Forderung Kanzlerstellvertreter beantragte das Zentrum, die Stelle als am 31. März 1919 wegfallend zu bezeichnen. Der Antragsteller führte aus, seine Freunde hätten erhebliche Bedenken gegen die Forderung und genehmigten sie nur im Hinblick auf die in der Vollversammlung vom Staatssekretär des Reichsschatzamtes in Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler angegebenen Erklärungen, daß der Kanzlerstellvertreter nicht die vollen Rechte des Reichskanzlers erhalten solle. Nachdem ein konservativer Redner sich dieser Erklärung angeschlossen hatte, wurde der Zentrumsantrag einstimmig, sodann die Anforderungen für den Kanzlerstellvertreter gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Nach kurzer Erörterung nahm der Hauptausschuß den Rest des Nachtragsetats unter Neueinführungen folgender Bestimmungen an: Der Reichskanzler wird ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse nach Bedarf, jedoch nicht über einen Betrag von weiteren drei Milliarden Mark hinaus, Schatzanweisungen auszugeben. Der sozialdemokratische Antrag auf Dreiteilung des Reichsamtes des Innern wurde abgelehnt. Die Entschließung der Nationalliberalen, die Errichtung eines Reichs-Wohlfahrtsamtes ins Auge zu fassen, wurde mit Stimmengleichheit ebenfalls abgelehnt. Ein Antrag derselben Fraktion, außer dem Patentamt auch ein Bundesamt für Heimatwesen dem Reichsjustizamt anzugliedern, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Schiedsgericht und Abrüstung.

Von Geheimrat **Prof. Dr. Franz von Liszt**, M. d. R.

Die Antwort, die die deutsche Regierung am 19. Sept. dieses Jahres auf die päpstliche Note vom 1. August erteilt hat, dürfte in weiten Kreisen des deutschen Volkes durch die Bereitwilligkeit überrascht haben, mit der sie auf die von dem Oberhaupt der katholischen Kirche angeregte Frage der internationalen Schiedsgerichte und der Rüstungsbeschränkungen eingegangen ist. Ich gestehe gern, daß auch mir diese Bereitwilligkeit unerwartet gekommen ist; bedeutet sie doch ein scharfes Abbiegen von den Bahnen, die bisher von der deutschen Reichsleitung seit fast 20 Jahren allen Mahnungen zum Trotz eingeschlagen worden waren.

Es ist nicht meine Absicht, an dieser Stelle diese frühere Haltung der deutschen Regierung, die von den beiden Haager Konferenzen (1899 und 1907) her in unser aller Erinnerung lebt, zu schildern oder zu erklären, zu rechtfertigen oder zu tadeln. Ich nehme die eingetretene Schwenkung als eine gegebene Tatsache hin und enthalte mich auch jedes Versuchs, sie auf ihre Gründe hin zu untersuchen. Es liegt mir vielmehr daran, die Tragweite der Erklärung klarzulegen und dabei die Bedenken zu zerstreuen, die sie auch in den Kreisen meiner politischen Freunde wachgerufen hat und wegen der Unbestimmtheit der gebrauchten Wendungen notwendig wachrufen mußte.

Die erste Stelle beansprucht bei solchen Erwägungen die Frage der schiedsgerichtlichen Erledigung völkerrechtlicher Streitigkeiten.

Die päpstliche Note betrachtet sie als die Ergänzung und logische Folgerung der Rüstungsbeschränkung. „An die Stelle der Heere tritt dann die Einrichtung des Schiedsgerichts." Die deutsche Antwort folgt der päpstlichen Note auf diesem Wege. „Es würde sich sodann" (also nach Vereinbarung der Rüstungsbeschränkung) „ohne weiteres die Aufgabe ergeben, auftauchende internationale Meinungsverschiedenheiten nicht durch das Aufgebot der Streitkräfte, sondern durch friedliche Mittel, insbesondere auch auf dem Wege des Schiedsgerichtsverfahrens, entscheiden zu lassen, dessen hohe friedenstiftende Wirkung wir mit Seiner Heiligkeit voll anerkennen." Ich möchte die beiden Fragen von einander trennen und die der Abrüstung an die zweite Stelle rücken. Erst durch diese Umstellung gelangen die beiden Probleme in die richtige Beleuchtung.

Denn an eine vollständige Beseitigung der „Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft" ist wohl nicht zu denken. Und das schiedsrichterliche Verfahren behält seine volle Bedeutung, auch wenn die Staaten weiter, wenn auch in beschränktem Umfang, an ihrer Waffenrüstung arbeiten. Ueber die Bedeutung des schiedsrichterlichen Verfahrens nach den bisherigen Vorschlägen und über die Grenzen seiner Anwendbarkeit herrscht selbst bei geschulten Parlamentariern, wie ich vielfach festzustellen Gelegenheit hatte, große Unklarheit. Mehr als einmal habe ich in diesen Tagen gehört, daß, wenn die Lebensinteressen eines Staates auf dem Spiele stehen, er sich der Entscheidung eines Schiedsgerichts nicht unterwerfen könne. Es wird dabei übersehen, daß, bisher wenigstens, von keiner Seite eine derartige Forderung aufgestellt worden ist. Bei den Vorschlägen, daß alle Staaten ihre Rechtsstreitigkeiten einem Schiedsgericht zu unterwerfen verpflichtet werden sollen (das sogenannte Obligatorium, während heute die Anrufung des Schiedsgerichts in dem freien Ermessen der Streitteile liegt), hat man stets die „Ehrenklausel" vorbehalten, d. h. Streitigkeiten ausgenommen, die die Unabhängigkeit oder die Ehre oder die Lebensinteressen des Staates berühren. Das Deutsche Reich hat 1907 das obligatorische Schiedsgericht auch mit dieser Einschränkung abgelehnt. Oder man hat, noch viel weitergehend, wie in dem russischen Vorschlag von 1899, überhaupt nur bei gewissen Streitsachen rein juristischer oder wirtschaftlicher Natur, wie bei der Auslegung von Verträgen, bei Post- und Telegraphensachen, bei Eisenbahn- und anderen Verkehrssachen die obligatorische Schiedsprechung verlangt, bei allen anderen mit anderer, „fakultativer" Anrufung der Schiedsgerichte sich begnügt. Auch dieser Vorschlag ist an dem Widerspruch des Deutschen Reiches gescheitert. Nach der Erklärung der deutschen Note wird sich ohne besondere Schwierigkeiten der Boden abgrenzen lassen, auf dem das obligatorische schiedsrichterliche Verfahren aufgebaut werden kann, ohne daß die vertragschließenden Staaten in Lebens- und Ehren-Fragen an die Anrufung des Schiedsgerichts gebunden zu werden brauchen.

Dazu kommt eine weitere Tatsache, die selbst den Fachjuristen wie den Berufspolitikern meist unbekannt geblieben zu sein scheint. Auch die überzeugtesten Anhänger des internationalen Schiedsgerichts sind sich nämlich längst darüber klar, daß nur Rechtsfragen zur schiedsrichterlichen Erledigung geeignet sind, daß deswegen Machtfragen, wie sie sich etwa aus dem Expansionsbedürfnis eines Staates mit starker Bevölkerungszunahme ergeben, eine Entscheidung nach Rechtsgrundsätzen überhaupt nicht zulassen. Gerade deshalb hat man vorgeschlagen, daß solche Fragen nicht einem Schiedsgericht, sondern einem Verständigungsrat vorgelegt werden sollen, der nicht etwa eine Entscheidung zu treffen, sondern einen Vermittlungsvorschlag zu machen hätte, mithin den Streitteilen die volle Freiheit der Entschließung läßt. In den sogenannten Brianschen Friedensverträgen, von denen seit 1913 bereits über 20 ratifiziert worden sind, hat dieser Gedanke Verwirklichung gefunden.

Diese unentbehrliche Ergänzung des schiedsrichterlichen Verfahrens muß und darf ohne weiteres zu den Vorschlägen der päpstlichen Note wie zu der deutschen Antwort hinzugedacht werden. Damit entfällt aber eine ganze Reihe von weiteren Bedenken. Gewiß hätten keine Schiedsgerichte der Welt den österreichisch-serbischen Streitfall vom Juni 1914 aus der Welt schaffen können; denn dieser Streit war gar kein Rechtsstreit und konnte daher nach Rechtsgrundsätzen überhaupt nicht entschieden werden. Wohl aber wäre ein Vermittlungsvorschlag möglich gewesen. Ob er den Krieg vermieden hätte, läßt sich heute mit Bestimmtheit nicht sagen; ausgeschlossen ist diese Möglichkeit gewiß nicht. Und niemand wird bestreiten können, daß in jenen kritischen Tagen, die dem Kriegsausbruch unmittelbar vorangegangen sind, der Gewinn von einigen Wochen für die Möglichkeit ruhiger Ueberlegung überaus wertvoll gewesen wäre.

Es kommt alles darauf an, daß die Staaten der künftigen Staatengemeinschaft die Verpflichtung übernehmen, nicht zu den Waffen zu greifen, ehe das Schiedsgericht seinen Spruch abgegeben oder der Verständigungsrat seinen Vermittlungsvorschlag gemacht hat. Damit taucht die Frage auf, was die Staatengemeinschaft gegen ihr Mitglied unternehmen kann, das im Einzelfall sich weigert, dieser von ihm übernommenen Verpflichtung nachzukommen. Die päpstliche Note hat auf diese Frage ausdrücklich hingewiesen; die deutsche Antwort geht an ihr vorbei. Auch hier fehlt es an Vorschlägen nicht, die ernste Prüfung verdienen. Ich erinnere nur an den Vorschlag der „League to enforce peace", gegen einen solchen Staate mit diplomatischem und wirtschaftlichem Boykott, im Notfall mit Waffengewalt vorzugehen. Die Bedenken, die gegen diesen Vorschlag erhoben werden können, sind mir genau bekannt; unüberwindlich aber sind die Schwierigkeiten gewiß nicht, die sich hier in den Weg stellen.

Erst durch das Hinzutreten des Verständigungsrates wird die Lücke ausgefüllt, die das Schiedsgericht seinem innersten Wesen nach offen lassen muß. Und erst damit fallen die Einwendungen fort, die dem internationalen Schiedsgericht von vielen Seiten auch heute noch entgegengehalten zu werden pflegen. Denn gerade in den ernstesten Streitfällen handelt es sich, wie zwischen einzelnen Menschen so auch zwischen den Staaten, nicht um Rechtsfragen, nicht um die Durchsetzung eines wirklichen oder vermeintlichen Rechtsspruchs, sondern um Forderungen, die durch das Recht und die Pflicht zur Selbsterhaltung und Selbstentfaltung hervorgerufen sind. Der rechtlichen Entscheidung muß die gütliche Vermittlung, die Anbahnung der Einigung an die Seite treten. Was nach den großen Kriegen auf jedem Staatenkongreß geschehen ist, 1648 wie 1815, 1856 wie 1878, was bei Beendi-

WTB. **London**, 4. Oktober. **Die Admiralität meldet: Das Kriegsschiff „Drake" wurde am Dienstag morgen an der Nordküste von Irland torpediert. Es erreichte einen Hafen und sank im seichten Wasser. Die Explosion tötete einen Offizier und 18 Mann. Die übrigen wurden gerettet.**

„Drake" war 1901 vom Stapel gelaufen. Seine Länge betrug 152,4, seine Breite 21,7 Meter, sein Raumgehalt 14 300 Tonnen. Bestückt war er mit zwei 23,4, sechzehn 15,2, zwölf 7,6, drei 4,7 Zentimeter-Geschützen, ferner zwei Maschinengewehren und zwei Torpedolanzierrohren. Seine Geschwindigkeit betrug 24,1 Knoten.

Der amtliche österreichisch-ungarische Heeresbericht.

WTB. **Wien**, 4. Oktober. **Amtlich wird verlautbart: Keine größeren Kampfhandlungen.**

Der Chef des Generalstabes.

Der amtliche deutsche Heeresbericht vom Abend.

WTB. **Berlin**, 5. Oktober, abends. (Amtlich.)

In Flandern lebhafter Feuerkampf zwischen Yser und Lys.

Sonst keine wesentlichen Ereignisse.

Letzte Depeschen.

Unser Kaiser an Hindenburg.

Berlin, 5. Oktober. (Amtlich.) **Se. Majestät der Kaiser an Generalfeldmarschall v. Hindenburg:**

Mein lieber Generalfeldmarschall!

Zum heutigen Tage, an welchem Sie das 70. Lebensjahr vollenden, spreche ich Ihnen meine wärmsten und herzlichsten Glückwünsche aus. Möchten Sie mir, der Armee und dem Vaterlande noch viele Jahre in voller Frische und Gesundheit erhalten bleiben! Es ist mein Wunsch, Ihnen, mein lieber Feldmarsall noch eine persönliche Freude zu bereiten. Ich weiß, daß treue kameradschaftliche Beziehungen Sie mit dem Oldenburgischen Infanterie-Regiment Nr. 91 verknüpfen, dessen ausgezeichneter Kommandeur Sie gewesen sind und dessen Ausbildung für den Krieg, die sich jetzt so glänzend bewährt, auch Sie Ihre Kraft gewidmet haben. Ich stelle Sie daher à la suite dieses tapferen Regiments.

Großes Hauptquartier, 2. Oktober 1917.

gez. Wilhelm Rex.

Malvy des Verrats beschuldigt.

WTB. **Paris**, 4. Oktober. **Deschanel verlas eine Interpellation Poncel über die Angelegenheit Bolo und fügte hinzu, es sei eine weitere Interpellation Malvy über den gleichen Gegenstand eingegangen. Nachdem die Kammer die sofortige Erörterung beschlossen hatte, wurde vom Ministerpräsidenten auf Wunsch der Kammer ein Brief des Chefredakteurs der „Action Francaise", Dondel, verlesen. Darin wird Malvy beschuldigt, seit drei Jahren Deutschland alle Geheimnisse ausgeliefert zu haben, und versichert, bezüglich Malvy und Leymaries, des Direktors der allgemeinen Sicherheit, seien Beweise für Hochverrat im Ueberfluß vorhanden. Malvy habe in das Kriegsamt eintreten wollen, um der deutschen Heeresleitung den Plan des Angriffes am Chemin-des-Dames zu liefern.**

Paris, 4. Oktober. Die Kammer hat nach Erledigung der Interpellation Poncel-Malvy über die Angelegenheit Bolo mit 350 Stimmen eine Tagesordnung angenommen, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird.

Päpstliches Vermittlungsangebot an unsere Feinde?

Rom, 4. Oktober. Nach dem „Nieuwen Rott. Cour." erfährt der „Daily Telegraph" aus Rom vom 2. Oktober, daß der Papst tatsächlich der Entente seine Vermittlung angeboten habe, ohne ihre Antwort abzuwarten.

Kerensti droht mit seinem Rücktritt.

Petersburg, 4. Oktober. (Reuter.) **Während der Besprechungen des Bureaus der demokratischen Konferenz erschien Kerenski und wies in einer Rede auf die Gefahren hin, die von einem rein sozialistischen Ministerium für die innere wie für die äußere Politik drohten. Er erklärte, daß nur eine Koalitionsregierung das Land retten könne. Wenn ein anderer Beschluß gefaßt würde, er sich demselben unterwerfen, aber seine Entlassung verlangen, um die Regierungskrise nicht zu verlängern.**

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 4.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19171006010/fragment/page=0001

gung des Weltkrieges in weitestem Umfang trotz aller Schwierigkeiten wird geschehen müssen, die Ausgleichung der vorhandenen Gegensätze unter möglichster Wahrung der einander scheinbar unversöhnlich gegenüberstehenden Lebensinteressen der Staaten — das kann auch im Einzelfall unter Vermeidung des Waffenkampfes durch gütliche Vereinbarung auf Grund vermittelnder Tätigkeit der Unbeteiligten erzielt werden. Daß die Berufung auf das Waffenglück nicht gerade das beste und sicherste Mittel ist, solchen Ausgleich herbeizuführen, dürfte der Weltkrieg jedem von uns klargemacht haben, dem durch die Brandfackel des Krieges die Augen nicht dauernd geblendet worden sind

Die Aufgabe der Zukunft besteht also in der Durchführung der obligatorischen Schiedssprechung (mit oder ohne Ehrenklausel) und in ihrer Ergänzung durch ein Vermittlungsverfahren. In beiden Beziehungen kann an bestehende und bewährte Einrichtungen angeknüpft werden. Mit dem nunmehr in feierlicher Form erklärten Einverständnis des Deutschen Reiches ist das letzte Hindernis hinweggefallen, das bisher der Verwirklichung dieses Gedankens sich in den Weg gestellt hatte.

Die Frage der Rüstungsbeschränkung interessiert an sich den Völkerrechtler weniger als den Politiker. Vereinbarungen der führenden Staaten sind hier juristisch unschwer möglich; die Schwierigkeiten liegen in ihrer technischen Durchführbarkeit. Aber auch diese Schwierigkeiten lassen sich bei gutem Willen aller Beteiligten überwinden. Und es liegt nicht im Interesse des Deutschen Reiches als der Vorkämpfer des Widerstandes aufzutreten. Gerade deshalb habe ich die Erklärung der deutschen Antwort mit besonderer Freude begrüßt: „daß bestimmte Regeln und gewisse Sicherungen für eine gleichartige und gegenseitige Begrenzung der Rüstungen zu Lande, zu Wasser und in der Luft ... diejenigen Gegenstände darstellen, bei deren Behandlung der neue Geist, der künftig im Verhältnis der Staaten zueinander herrschen soll, den ersten verheißungsvollen Ausdruck finden mußte." Das Deutsche Reich, das 1899 und später jede Erörterung dieser Frage unbedingt abgelehnt hat, ist nunmehr bereit, in Verhandlungen über das Problem der Abrüstung einzutreten. Niemand hat das Recht, an der Ehrlichkeit dieser Erklärung zu zweifeln. Sie kommt einem Bedürfnis entgegen, das nach dem Friedensschluß bei allen Völkern der Erde nicht nur bei uns, in gleicher Weise sich äußern wird. Die durch den Weltkrieg bei allen kriegführenden Staaten herbeigeführte Belastung des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens könnte ganz wesentlich gemildert werden, wenn es gelänge, auf diesem Gebiet die befreiende Formel zu finden. „Die kaiserliche Regierung wird dabei jeden Vorschlag unterstützen, der mit den Lebensinteressen des Deutschen Reiches und Volkes vereinbar ist." Mit dieser Einschränkung können wir uns einverstanden erklären; sie wird uns aber auch von keinem unserer Gegner verübelt werden können.

Nur wer die Verhandlungen der Haager Konferenzen von 1899 und 1907 kennt, vermag die Tragweite des Umschwungs, der in der deutschen Antwort auf die päpstliche Note zum Ausdruck gelangt, in ihrer ganzen Bedeutung zu erkennen. Es ist in der Tat „ein neuer Geist", den diese inhaltsschweren Sätze atmen. Ich weiß nicht, ob es einem von uns gestattet worden wäre, während des Krieges für die Gedanken öffentlich einzutreten, die jetzt mit der Unterschrift des Reichskanzlers versehen als deutsches Glaubensbekenntnis in die ganze Welt hinausgeschickt werden. Und es wird den vielen, die jedes Verlangen nach der künftigen Sicherung des Friedens als Pazifismus zu verdächtigen sich gewöhnt haben, schwer fallen, der Reichsregierung die Gefolgschaft auf dem neuen Wege nicht zu verweigern. Gerade darum haben wir die Aufgabe, mit sorgfältiger Vermeidung jeder Uebertreibung und mit Preisgebung weitergehender Wünsche an der Verwirklichung dieser Gedanken im Sinne der Reichsregierung zu arbeiten. Aber auch unter Vermeidung jenes skeptischen Kleinmutes, der der Todfeind alles Fortschrittes immer war und immer sein wird. Wie wir die Ueberführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft auf allen Gebieten unseres Volkslebens heute bereits in vorausblickender Arbeit vorbereiten, so müssen wir jetzt schon alle Kräfte aufbieten, um der noch viel schwierigeren Demobilisierung der Geister und Herzen den Weg zu weisen und die an Hindernissen reiche Bahn zu ebnen. Was unsere Gegner dazu sagen, muß und kann uns gleichgültig bleiben. Wir haben auch hier das, was wir für richtig erkannt haben, zu tun, unbekümmert um das Urteil der Welt; in der klaren Erkenntnis, daß mit dem Abschluß des Krieges ein neuer Abschnitt in der Geschichte der Menschheit beginnt. Aus dem Weltbrand wird uns der neue Friedensbund der Völker geboren werden; auf ihn haben wir heute schon unsere Arbeit einzustellen.

Rußland.

Die Anarchie.

Kopenhagen, 5. Oktober. Nach einem Petersburger Telegramm teilte der Minister des Innern, Nikitin, in der letzten Sitzung des Direktoriums mit, daß die Lage im Reiche äußerst kritisch sei. In einer größeren Anzahl von Städten, wie Jekaterinoslas, Tambow und Orel, haben schwere Judenpogrome stattgefunden. In Charkow sind die Arbeiter der Lokomotivfabriken in Ausstand getreten. In anderen Teilen des Reiches wird die Bevölkerung durch bewaffnete Räuberbanden terrorisiert, die größtenteils aus früheren Zuchthaussträflingen bestehen. Soldaten greifen überall mit den Waffen ein, um die Unruhen zu unterdrücken. Der Aufstand in Charkow konnte nur durch volle Erfüllung der Arbeiterforderungen beendet werden. Das bekannte Dumamitglied Purischkin, der seinerzeit im Zusammenhang mit der Kornilow-Affäre verhaftet wurde, ist jetzt unter der Bedingung freigelassen, daß er sich aus Petersburg entferne.

*

Die Kadetten.

Stockholm, 4. Oktober. Kerenski hat nach einem Bericht der „Wetscherneje Wremja" beschlossen, sich nicht vor der demokratischen Konferenz zu beugen. Er unterhandelt gegenwärtig bei allen Konferenzberatungen trotzend mit den Moskauer Kadettenpolitikern wegen der Reorganisation des Kabinetts, von dem fast sämtliche Mitglieder gegenwärtig ihre Entlassung einreichten. Der bei den Sozialisten unbeliebte Handelsminister Prokopowitsch soll zum Lebensmittelminister ernannt werden. Die Sozialisten wollen ihm nur das Portefeuille der Landwirtschaft einräumen. Wie die demokratische Konferenz auf diese Herausforderung antwortet, bleibt abzuwarten.

*

Die Lage in Taschkent.

Taschkent, 4. Oktober. (P. T.-A.) Nach der gestern vormittag eingetretenen Ruhe hat sich die Lage plötzlich wieder verschlimmert, da der Arbeiter- und Soldatenrat, um gegen die Entsendung der Strafexpedition zu protestieren, den Generalstreik erklärt hat. Die Straßenbahnen, Beleuchtungswesen und Druckereien seien außer Betrieb. Die Regierung habe den Belagerungszustand verkündet.

Die internationale Gewerkschafts-Konferenz.

Bern, 5. Oktober.

In ihren weiteren Verhandlungen faßte die internationale Gewerkschaftskonferenz zu Bern den Beschluß, an die Regierungen der kriegführenden Völker das Ersuchen zu richten, der Arbeiterklasse im Friedensvertrage ein Mindestmaß von Schutz und Rechten zu sichern, das in allen Ländern durchgeführt werden muß. Danach sollten in dem Friedensvertrag Bestimmungen zur Sicherung der Freizügigkeit, des Koalitionsrechtes und zur Durchführung des Arbeiterschutzes aufgenommen werden. Die Konferenz hält den Friedensvertrag, der den Weltkrieg einmal beenden wird für den geeignetsten Ausgangspunkt für ein tatkräftiges Zusammenwirken der Völker auf dem Gebiete der sozialen Reform. Sie stellte in dieser Frage eine Reihe von Leitsätzen auf.

Die internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz in Basel ist im Friedensvertrag ausdrücklich als Organ zur Durchführung und Förderung des internationalen Arbeiterschutzes anzuerkennen, das von ihr unterhaltene internationale Arbeiteramt hat alles sozialpolitische Material zu sammeln und in den drei Hauptsprachen herauszugeben. Der Berichterstatter des Ausschusses, Jansen (Deutschland), bezeichnet diese Forderungen als Mindestmaß, denn alle kriegführenden Länder hätten ungeheure Verluste an Volkskraft erlitten, daß mit der verbleibenden Weise haushalten werden müsse; diejenigen Völker würden am schnellsten gesunden, die die Bedeutung der sozialen Reformarbeit nach dem Krieg am tiefsten erkennen und weitgehende Reformen am schnellsten durchführen werden. Diese Leitsätze wurden vom Kongreß einstimmig angenommen.

Die Konferenz erwartet von den Regierungen aller an den Friedensverhandlungen teilnehmenden Länder, daß zur Festsetzung des sozialpolitischen Teiles der Friedensvereinbarungen auch Vertreter der Gewerkschaften jedes Landes zugezogen werden. Mit der Annahme dieser Resolution waren die Geschäfte der Konferenz beendet Präsident Schneeberger stellte fest, daß die Konferenz nützliche Arbeit geleistet hat; wenn es auch nicht gelungen sei, vorläufig wieder die ganze Internationale zusammenzubringen, sei doch ein Schritt auf diesem Wege gemacht worden so daß in absehbarer Zeit eine vollständige Vereinigung erzielt werden könne. Legien gab hierauf folgende Erklärung ab:

Die Vertreter der Gewerkschaften Deutschlands erklären, daß ihre Weigerung, heute einer Sitzverlegung zuzustimmen, nicht so aufgefaßt werden dürfe, daß sie unter allen Umständen den Sitz des internationalen Gewerkschaftsbundes in Deutschland behalten wollen. Sie sind zu ihrer Stellung genötigt, weil insbesondere von den englischen Gewerkschaften gesagt worden ist, daß die Sitzverlegung gleichbedeutend mit einem Mißtrauensvotum gegen Deutschland sei. Der internationale Gewerkschaftsbund kann nur erhalten werden, wenn volles Vertrauen aller Landeszentralen zueinander vorhanden ist. Sobald sämtliche Landeszentralen bereit sind, zu einer Konferenz zusammenzutreten, sind die Gewerkschaften Deutschlands bereit, über eine Sitzverlegung des internationalen Gewerkschaftsbundes ordnungsgemäß zu verhandeln.

Die Konferenz beschloß sodann einstimmig, folgendes Telegramm an die italienischen und französischen Gewerkschaften abzusenden:

Sämtliche Delegierten der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern senden den Genossen der französischen und italienischen Landeszentralen ihren brüderlichen Gruß. Sie sprechen besonders den französischen Gewerkschaften ihre Anerkennung aus für ihre Bereitwilligkeit, die internationale Konferenz zu beschicken, und geben der Hoffnung Ausdruck, daß Vertreter der französischen und italienischen Landeszentralen an der nächstfolgenden internationalen Konferenz teilnehmen werden, damit der Antrag auf Reorganisation des internationalen Gewerkschaftsbundes dann zur Behandlung und Erledigung komme und der internationale Gewerkschaftsbund machtvoller als je im Interesse der Arbeiter aller Länder seine Arbeit fortführen kann.

Nachdem Legien den Schweizern für ihr Bemühen, eine Verständigung aller Landeszentralen herbeizuführen, gedankt hatte, schloß Präsident Schneeberger die Konferenz.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Der türkische Heeresbericht.

WTB. **Konstantinopel, 4. Oktober. Amtlicher Tagesbericht vom 4. Oktober:** An der ganzen Front heftiges Artilleriefeuer. **Eine aus 30 Eskadrons Kavallerie, einem Bataillon Infanterie und zwei Batterien bestehende feindliche Abteilung versuchte am 2. Oktober ein Unternehmen gegen unseren linken Flügel, mußte sich jedoch am 3. Okt. wieder zurückziehen. An der übrigen Front keine besonderen Ereignisse.**

Türkisches Dementi englischer Siegesnachrichten.

WTB. **Konstantinopel, 4. Oktober. (Amtlich.) In ihrem Bericht vom 3. Oktober behaupten die Engländer, in den Kämpfen am Irak 13 Geschütze und 12 Maschinengewehre erbeutet zu haben, und erklären, 3300 Mann gefangen genommen zu haben, ferner 200 Offiziere und 600**

Die kleine Clauß.

Roman von **Clara Paust.**

27. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Marianne sah ihm zu. „Auf zehn Wochen!"

Er sah sie an und legte den Bleistift neben das Papier. „Ach so!" sagte er gedehnt. „Und trotzdem . . ."

„In zehn Wochen! . . . Sie werden sehen!" . . . Marianne Atem flog. „Und das da sind . . . halbe Löhne!" . . . Sie lächelte verlegen. „Streiklöhne!"

„Was?"

„Ich habe gedacht" — Ihr Mut schwand plötzlich. „Wenn Streik ist — als in der Umbacher Maschinenfabrik gestreikt wurde, war es so — werden ähnliche Entschädigungen bezahlt! . . . Und so habe ich für die Männer fünfzehn und für die Mädchen sechs Mark ausgeworfen . . . Es wird eben fürs Leben reichen!"

„Sie haben sich das schön ausgedacht und ausgerechnet. Aber dazu gehören zwei: einer, der den Vorschlag macht, und einer, der ihn annimmt!"

„Wenn Sie mir die Vollmacht geben wollen! . . . Ich weiß, in einer Stunde sind sie alle da zur Unterschrift!" Sie bat.

Ihr Atem flog. „Ich denke, Sie verpflichten sich, zehn Wochen lang obengenannte Summe jedem zu zahlen, der sich durch Unterschrift verpflichtet, in dieser Zeit keine Arbeit in irgendeinem industriellen Betriebe anzunehmen. Jeder Arbeiter muß außerdem sofort auf Ihren Ruf da sein. Für Arbeiten, die in dieser Zeit oder später für das Geschäft geleistet werden, wird voll bezahlt."

Er hatte ihr nur die Hand gedrückt und ihr dann nachgesehen, wie sie eilig von ihm ging und sich vorsichtig, Schritt für Schritt den Weg zwischen den Pfützen suchte . . . Platz für die schmalen Füße mit den feinen Knöcheln, die der graue, fußfreie Rock neidlos dem Beschauer freigab.

Als Ohlschütz unter den Torbogen zurücktrat, fühlte er die Augen des Maschinenmeisters und des Heizers auf sich ruhen, und er bemerkte, wie diese einen Blick des Einverständnisses wechselten. Das irritierte ihn, da er es unwillkürlich, ganz gegen seine Gewohnheit, auf sich bezog und es in richtiger Weise mit Marianne Clauß in Verbindung brachte. Seine Stirn furchte sich, als er an ihnen vorüberging. „Alte, graue Kerle", dachte er, „und wenn sie ein junges Mädel sehen, sind sie närrisch und bilden sich allen Ernstes ein, anderen müsse es auch so gehen."

Er stand dann lange in seinem Maschinenhaus. Die Dampfmaschinen mit den blanken Stahlgelenken blitzten und funkelten wie sonst; so sauber war es, wie in seiner lieben, altmodischen Wohnstube mit den Mahagonimöbeln, so heilig, ruhig, wie in einer Kirche. Und der leise Oelgeruch in der Luft erschien ihm plötzlich wie etwas Unentbehrliches, wie Duft . . . Duft der Arbeit.

Und er umfaßte den Zylinder der Dampfmaschine mit dem Arm, wie man einen Freund, einen Menschen, den man hat, umfaßt, und lehnte die heiße, schmerzende Stirn an den kühlen Stahl. Und er gedachte dankbaren Herzens des Mädchens, das die schwere Sorge von ihm genommen und mutig auf seine jungen Schultern geladen hatte . . . und das trotz dieser Last so aufrecht und sicher davongeschritten war auf den schmalen Füßen unter dem fußfreien Rock. —

Und ebenso hocherhobenen Hauptes, wie sie von ihm gegangen, ging er denselben Weg. In dem Warteraum vor dem Kontor drängten sich die Arbeiter, die sich unterschreiben wollten. Er sah in zufriedene, glückliche Gesichter, sah ihre Augen freundlich auf sie gerichtet. Sie sahen ihn an, als ob er ihnen Gutes getan habe, und er wurde irre an seinem eigenen Gefühl: Hatte er etwas Gutes getan, oder war ihm Gutes geworden? Es war ihm leicht und frei zumute, als ob alle Last von ihm genommen wäre.

Er fühlte einen Schaffensdrang, eine Arbeitslust in sich, die sich am liebsten in physischer Arbeit betätigt hätte. Wenn er mit denen da draußen hätte beginnen dürfen, die Trümmer fortzuräumen . . . doppelten Lohn sollten die Kerle haben. Aber Baumeister Ebert, der Allerweltswisser, hatte ihn gewarnt: „Keinen Griff tun, alles stehen lassen, bis die Versicherungsgesellschaften ihre Leute schicken . . . Je wüster es aussieht, desto besser ist es . . . Mensch, wenn Sie wüßten! . . . Jetzt heißt es, die Ohren steif halten!"

Nun setzte er sich, dieser Warnung eingedenk, an seinen Schreibtisch und nahm das Kursbuch zur Hand. Gestern nachmittag waren die Telegramme abgegangen, es könnte wahrhaftig schon jemand da sein . . . Leipzig, Gotha . . . das waren doch keine Entfernungen. Oder sie hätten telegraphisch oder telephonisch Antwort geben können . . . In diesem Matschwetter mußte er sie ja auch von der Bahn abholen lassen. Am anderen Morgen kamen die Antworten. Gelassene, ruhige Antworten in Gestalt von Briefen: Man werde Vertreter schicken . . . baldmöglichst.

Häberlein hatte die Briefe geöffnet und sie Ohlschütz in die Wohnung geschickt. Der empfand die Verzögerung wie eine Gnade; er lag krank zu Bett, in der Brandnacht hatte er sich eine schwere Erkältung zugezogen. Er hatte am Tage etwas geschlafen und es mit einer schlaflosen Nacht büßen müssen. Nun ging er ruhelos im Zimmer auf und ab . . . Die geschwollenen Mandeln waren seines Erachtens kein Grund, sich in das Bett zu legen, und die rasenden Kopfschmerzen würden vergehen. Wenn er arbeiten würde, mußten sie vergehen, er würde ihrer nicht achten, würde sie vergessen . . . Aber wenn man so untätig dasaß, merkte auf die Schmerzen, wartete darauf, registrierte die geringste Empfindung. Er mußte etwas zu tun haben; er brauchte Arbeit . . . Wenn er nicht genau wüßte, daß dieser verwünschte Gelenkrheumatismus im Anzuge wäre, den er sich damals im Biwak bei ebensolchem Schlackerwetter geholt hatte, würde er sich bedanken und hier oben bleiben . . . Aber hier oben wurde er trotz Doktor, Tee und Medizin nicht gesund, wenn er sich nichts zu tun verschaffte.

Häberlein schickte ihm so viel Arbeit durch den Lehrling hinauf, daß es Ohlschütz beinahe peinlich berührte. Der gute Häberlein schien zu glauben, daß er nur zum Vergnügen den Platz an dem bequemen Schreibtisch mit dem schmalen hier oben vertauscht habe! Und er hatte doch eigentlich nur eine Aufstellung von den verbrannten Maschinen machen wollen, hatte die Fabriken, von denen sie geliefert worden waren, ihren Preis und ihre Nummern feststellen wollen. Und nicht zu vergessen, genau die Zeit, in der sie geliefert worden waren. Das Geschäft machte alljährlich 15 Prozent Abschreibung von allem Inventar, und er nahm sich vor, den Versicherungsgesellschaften sofort den reellen Wert jeder einzelnen Maschine zu unterbreiten . . . es lag ein Kapital in den Maschinen . . . sein Kapital.

Geldsorgen im eigentlichen Sinne des Wortes drückten ihn nicht. Sein Bruder in Mühlheim hatte ihm am Morgen nach dem Brande Kapital bis zu einer Million zur Verfügung gestellt. Aber vorläufig brauchte er kein Geld und hoffentlich auch später nicht. Wenn nur die Versicherungsgesellschaften . . . aber die würden schon . . .

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19171006010/fragment/page=0002

Verwundete. Diese Behauptung ist falsch. Wie gewöhnlich, streuen die Engländer solche Lügen aus, um die Niederlagen wett zu machen, die sie auf der deutschen Front erleiden. Auch in ihrem Bericht vom 26. September wird eine große Anzahl Gefangener erwähnt, die in dem Abschnitt von Maan in Palästina gemacht worden sei. Aber diese Gefangene sind in Wirklichkeit nur Insassen eines entgleisten Zuges und zwar Frauen und Kinder, die dann von den Rebellen gefangen genommen wurden. Die Engländer hatten nicht diese Gelegenheit verabsäumt, um der ganzen Welt einen neuen hervorragenden Erfolg zu verkünden.

Ein englischer Bericht aus Ostafrika.

WTB. **London**, 4. Oktober. Das Reutersche Bureau meldet aus Ostafrika: Der Kampf ist jetzt auf eine Ecke der Kolonie beschränkt. Die Schwierigkeiten der Verpflegung der Truppen sind völlig überwunden. Die Engländer besetzten Masindys (?), 62 Meilen südwestlich des Hafens Kilwindje. Die Kavallerie steht bei Mbekuru, 120 Meilen südwestlich Kiswere. Von Lindi wurde in südwestlicher Richtung Tendala (?) erreicht. Wir besetzten Mikindani und die Rovuma-Mündung. Die Portugiesen beherrschen den Fluß von Tundrun bis zur Küste. Die Engländer halten Tundrun selbst besetzt. Die Belgier rückten bis wenige Meilen von Mahenge vor. Liwale und Messaffi sind jetzt die einzigen wichtigen Punkte in deutschem Besitz. Sie werden täglich enger eingeschlossen.

Protest gegen die Requisition schwedischer Dampfer.

WTB. **Stockholm**, 4. Oktober. (Schwedisches Telegr.-Bureau.) Auf die Meldung der schwedischen Gesandtschaft in Paris, daß die französische Regierung unter Anführung des jus angariae acht schwedische Dampfer requirierte, erhielt der schwedische Gesandte in Paris die Weisung, bei der französischen Regierung Protest einzulegen. Die französische Regierung erklärte, daß das französischerseits ausgeführte jus angariae nach Ansicht der Mehrzahl der Autoritäten des internationalen Rechtes als ein veraltetes Rechtsinstitut betrachtet werden muß, jedenfalls in der von der französischen Regierung verwendeten Ausdehnung. Der Gesandte in London hat Befehl, gegen die Requisition der schwedischen Dampfer „Sourghars" und „Annie" zu protestieren.

Der russische Ersatz für verwüstete Oelanlagen in Rumänien.

London, 4. Oktober. In der Generalversammlung der Gesellschaft der Roumanian Consolidated Oilfields teilte der Präsident mit, daß die Gesellschaft für die aus Gründen der Kriegsführung in den Anlagen in Rumänien angerichteten Verwüstungen von der russischen Regierung eine Schadenvergütung von 1 270 724 Pfund Sterling mit 5 Proz. Zinsen vom 29. September 1916 bis zum Tage der Auszahlung beansprucht.

Graf Luxburg.

WTB. **Buenos Aires**, 4 Oktober. Da Graf Luxburg kein freies Geleit gewährt wurde, stößt er auf Schwierigkeiten bei seiner Einschiffung. Er hat daher gebeten, auf einer Farm im Innern des Landes bleiben zu dürfen, was die Regierung abgelehnt hat. Man glaubt, daß Graf Luxburg morgen im Auto nach Chile abreisen wird.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 5. Oktober.

Der Reichstag erledigte heute zunächst **kurze Anfragen** und trat dann in die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Feststellung eines zweiten Nachtrages zum Reichshaushaltetat (Teilung des Reichsamtes des Innern, Kosten eines Vizekanzlers) usw. ein. In Begründung der Vorlage nahm

Reichskanzler Dr. Michaelis

das Wort und führte aus: Es ist nicht beabsichtigt, eine Zwischeninstanz zu schaffen zwischen dem Reichskanzler und seinem Stellvertreter, insbesondere ist nicht beabsichtigt, ein Vorgesetztenverhältnis des Vizekanzlers zu konstruieren. Es sollen ihm lediglich allgemeine Befugnisse übertragen werden, die den Staatssekretären nicht übertragen sind. Die Arbeiten sind gewaltig gewachsen; dazu kommt das große Maß neuer Aufgaben im Hinblick auf die Friedensverhandlungen. Der Vizekanzler muß frei sein von der Last seines Staatssekretariats im bisherigen Sinne. Einer zeitlichen Abgrenzung des Vizekanzleramtes will ich nicht widersprechen. Die Hauptsache ist, daß mir der Stellvertreter bewilligt wird. Der am besten geeignete ist, hat den Vorteil vor den anderen. (Beifall.)

Abg. **David** (Soz.): Der Nachtragsetat bedeutet eine völlige Umgestaltung der Reichsverfassung. Die Vertreter der kleineren Bundesstaaten werden noch ohnmächtiger als bisher. Der Reichstag wurde wieder vor eine vollendete Tatsache gestellt. Wir hätten Dreiteilung des Reichsamtes des Innern durch Neuschaffungen für Handel und Industrie und des Reichsarbeitsamtes gewünscht. Letzteres müßte die Sozialpolitik bearbeiten. Die neue Instanz des Vizekanzlers macht die Verhandlungen mit den Staatssekretären noch schwieriger. Die übrigen Reformen sind Stückwerk. Wir müssen Staatssekretäre als eigentliche Reichsminister und dazu eine Verbindung zwischen Regierung und Parlament haben.

Abg. **Herold** (Ztr.): Wir stimmen der Zweiteilung des Reichsamtes des Innern zu. Reichswirtschaftsamt und Sozialpolitik gehören zusammen. Wohlfahrtspflege ist Sache der Einzelstaaten. Die Schaffung der Stelle eines Vizekanzlers rechtfertigt sich nur aus den außergewöhnlichen Verhältnissen. Eine Befristung ist unerläßlich.

Abg. **Dove** (f. V.): Wir betrachten die Vorlage als ersten Schritt auf dem Wege zur politischen Ausgestaltung des Reiches und als geeignete Grundlage für den Wiederaufbau nach dem Kriege.

Abg. Graf **Westarp** (Kons.): Die Vorlage enthält keine Verfassungsänderung, sonst könnten wir ihr nicht zustimmen. Wir halten den jetzigen verfassungsmäßigen Zustand in unserer Regierung für richtig, an sich ist uns die Vermehrung der Reichsämter nicht erwünscht. Voraussetzung für unsere Zustimmung ist, daß durch die Ernennung eines Staatssekretärs eine Vermehrung der preußischen Staatsministerstellen erfolge.

Abg. Graf **Posadowsky-Wehner** (Dtsch. Fr.): Bei der Auflösung des Reichsamtes des Innern hätte der Reichstag eher gehört werden müssen. Die Spezialarbeiten dieses Reichsamtes erledigen besondere Anstalten, die den Staatssekretär nicht belasten. In der jetzigen Fassung lehnen wir die Vorlage ab. Hätte man die technischen Behörden vom Reichsamt des Innern getrennt, so wäre eine neue Reichsbehörde unnötig. Das gesamte Bauwesen hätte in einem Reichsamt der öffentlichen Arbeiten zusammengefaßt werden können. Geheimausschüsse, wie der Siebenerausschuß, machen den Reichstag zur Abstimmungsmaschine. Die Vorlage enthält eine Verfassungsänderung. Bisher ernannte der Kaiser den Stellvertreter des Reichskanzlers.

Staatssekretär **Graf v. Roedern**: Es ist nicht der Fall, daß der Reichstag vor eine vollendete Tatsache gestellt worden ist. Auch der Vorredner hat die Ueberlastung des Reichsamtes des Innern und die Notwendigkeit seiner Entlastung anerkannt. Um einen Eingriff in die Rechte der einzelnen Bundesstaaten handelt es sich hier nicht.

Abg. **Lisse**-Eslingen (natl.): Die Entlastung des Reichsamtes des Innern ist dringend nötig. Einstweilen genügt uns die Zweiteilung, die allerdings nur, wie auch die Schaffung des Vizekanzlers, provisorisch sein darf.

Abg. **Stadthagen** (Unabh. Soz.): Durch die Vorlage soll die Stellung eines ganz bestimmten Mannes gestärkt werden. Dieser soll bloß der Windmacher für den Reichskanzler sein. (Dr. Paasche rügt den Ausdruck.)

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten. Die Vorlage wird nach dem Beschluß der Kommission angenommen, die Resolution betreffend Errichtung eines Reichsarbeitsamtes wird abgelehnt, die Resolution betreffend Errichtung eines Reichswohlfahrtsamtes wird angenommen. Hierauf wird der Antrag auf eine vierte Ergänzung zur Besoldungsordnung in zweiter Lesung angenommen.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr (Interpellationen). Schluß ¼6 Uhr.

Halle und Umgegend.

Halle, den 6 Oktober 1917.

Landwirte habt acht, Frostgefahr!

Der Meteorologe E. Hinselmann aus Hildesheim schreibt: „Wir haben nunmehr um die Monatsmende den Wiederbeginn und die Zunahme von Niederschlägen, zeitweise auch höchstürmisches Wetter zu erwarten. Je früher dieser Witterungscharakter vor Erdnähe und Vollmond einsetzt, um so schneller wird auch nach Vorübergang dieser beiden Mondstellungen wieder mit einer Besserung des Wetters gerechnet werden können. Beim Aufsteigen des Mondes auf die nördliche Halbkugel wird aber die vom Ozean zum Festlande herüberkommende Luft warm und mild sein bis zum Hochstande des Mondes am 5. Oktober. Im unmittelbaren Anschluß an den Hochstand des Mondes, etwa zwischen dem 5. und 8. Oktober, droht jedoch aus dem hohen Norden ein kurzer, mehr oder weniger heftiger Kältevorstoß, der uns eine sehr unangenehme Ueberraschung bringen kann. Auf die Bedeutung dieses plötzlichen Kälteeinbruchs für den landwirtschaftlichen Betrieb und insbesondere für die Kriegswirtschaft sei hiermit hingewiesen. In Fortsetzung dieses Kältevorstoßes steht vom letzten Viertel — 7. Oktober — ab eine mehr langsame und allmähliche Abnahme der Temperatur in Aussicht, die mit dem Uebertritt des Mondes auf die südliche Halbkugel — 13. Oktober — sich voraussichtlich noch in verstärktem Maße bemerkbar machen wird. Mit dem Neumond am 16. Oktober ist wieder der Einbruch feuchter ozeanischer Luft zu erwarten, der wegen der kurz vorhergegangenen Erdferne sich aber vielleicht um ein bis zwei Tage nach dem Neumonde verzögern kann. Damit ist auch wieder der Eintritt milderer Witterung und eine allmählich wachsende Zunahme der Niederschläge bedingt.

Landwirte haben also allen Grund, die Kartoffelernte möglichst bald zu beenden, und die Früherträge, welche besonders frostempfindlich sind, sofort in kleine Mieten auf dem Felde zusammenzulegen und mit einer schrachen Erddecke zuzuwerfen.

Auch bei Kartoffelversendungen mit der Eisenbahn sind diese Tage vorsätzlich zu beachten. Bleibt der befürchtete Kälteeinbruch aus, und ist die Mühe und Arbeit umsonst gewesen, so mag man sich mit dem Worte trösten: „Besser vorgesorgt als nachgedacht."

Eine Umfrage des Verbandes Deutscher Beamtenvereine.

Um über die Anschauungen der Beamten über die Besoldungsfragen Klarheit zu gewinnen, hat, der „Magd. Ztg." zufolge, der Vorstand des Verbandes Deutscher Beamtenvereine an alle ihm angeschlossenen Vereine eine Umfrage gerichtet, um jedem einzelnen Verein Gelegenheit zu geben, die Stellungnahme seiner Mitglieder zu der Frage des Besoldungssystems zum Ausdruck zu bringen. Die Vereine sollen sich zu drei grundsätzlichen Fragen aussprechen:

1. Wird das seitherige Besoldungssystem, das ohne Berücksichtigung des Familienstandes ein nach der Dienststellung verschiedenes hohes, in Altersstufen aufsteigendes Gehalt neben einem nach Ortsklassen verschieden bemessenen Wohnungsgeldzuschusses gewährt, grundsätzlich für befriedigend erachtet;

oder 2. wird es für gerechtfertigt erachtet, den Wohnungsgeldzuschuß allgemein — ähnlich wie es im preußischen Lehrerbesoldungsgesetze geschehen ist — verschieden abzustufen für Verheiratete und Ledige ohne eigenen Hausstand;

oder 3. erscheint es gerechtfertigt und volkswirtschaftlich vertretbar, allgemein den Familienstand bei Bemessung der Beamten- und Lehrerbesoldung zu berücksichtigen? Wird diese Frage bejaht, welche Grundsätze sind dann für die Bemessung der Zulagen als gerecht und billig anzusprechen, prozentuale Zuschläge zum Einkommen oder feste Sätze, wie sie bei der Neuregelung der Teuerungszulagen gewährt sind; bis zu welchem Lebensalter würden die Zulagen für unversorgte Kinder zu gewähren sein?

Die Beantwortung dieser Fragen muß bereits bis zum 10. Oktober d. Js. erfolgt sein.

Fundsachen der Straßenbahn.

In der Zeit vom 1. bis 30. September 1917 sind die nachstehend aufgeführten Gegenstände in den Wagen der Städt. Straßenbahn gefunden worden:

7 Regenschirme, 2 Paar Handschuhe, 4 Portemonnaies, 2 Handtaschen, 5 Spazierstöcke, 1 Tuch, 5 Schlüssel, 1 Schal, 1 Visitenkartentasche, 1 schwarze Schürze, 1 Brille, 1 Armbinde vom Frauenverein, 1 Eisenträger, 1 Etui mit Federhalter, 1 Barbürste, 1 Kinderschuh, 1 Taschentuch, 1 Nadel, 1 Handarbeitsbeutel, 1 Militärkoppel, 1 Schulatlas, 1 Säckchen Stahlspäne, 1 Brosche, 1 Keilkissen.

Wir fordern die betreffenden Eigentümer auf, ihre Ansprüche innerhalb einer vom Tage dieser Bekanntmachung an laufenden Frist von 14 Tagen bei unserer Kassenstelle Seebener Straße 62, geltend zu machen. Nach Ablauf dieser Frist gelangen die Fundsachen zur Versteigerung. Der Termin wird noch besonders bekanntgegeben.

Halle, den 3. Oktober 1917.

Verwaltung der städtischen Straßenbahn.

Der neuernannte Direktor der hiesigen Universitäts-Frauenklinik Herr Geheime Medizinalrat Professor Dr. Sellheim ist hier eingetroffen und hat die Leitung der Klinik übernommen.

Das Verdienstkreuz für Kriegshilfe erhielten folgende Angestellte der Baufirma Carl Lingesleben: die Herren Oberingenieur Edmund Moeller, Ober-Bauführer Robert Munendey, Bauführer Oskar Hoffmann und Polier Wilhelm Münzner.

1103 Einäscherungen haben in den deutschen Krematorien im August dieses Jahres stattgefunden: **dies ist eine starke** Steigerung gegenüber 868 Einäscherungen im gleichen Monat des Vorjahres, die sich nicht etwa nur durch die allerdings tatsächliche Zunahme der Sterbeziffer erklären läßt, sondern offenbar auf die Werbekraft der Feuerbestattungs-Idee an sich zurückzuführen ist. Im Hallischen Krematorium wurden 11 Einäscherungen gezählt gegen 7 im August des Vorjahres.

Die Ev. Stadtmission (Hallischer Zweigverein des Ev.-Kirchl. Hilfsvereins) begeht am 22. Oktober ihr 29. Jahresfest. Wie früher, so wird auch diesmal der Festgottesdienst nachmittags 5 Uhr in der Marktkirche gehalten werden. Festprediger ist der in deutschen Landen bekannte Pastor Samuel Keller. Die Nachversammlung ist abends 8 Uhr ebenfalls in der Marktkirche, und zwar zugleich als Feier des Geburtstages der hohen Protektorin des Ev.-Kirchl. Hilfsvereins unserer Kaiserin. Die Geburtstagsrede hat in Vertretung des Herrn Geheimrat Else, des Vorsitzenden der Hallischen Stadtmission, Herr Professor D. Hausleiter übernommen. Der Jahresbericht gibt der Leiter der Ev. Stadtmission, Herr Pastor Winterberg. Frau Professor Schmidt-Haym und die Chöre der Stadtmission werden mitwirken.

Aus dem Leserkreise.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung; für sie bleibt auf Grund des § 21 Abs. 2 des Preßgesetzes in vollem Umfange der Einsender verantwortlich).

Spart Licht.

Verschiedentlich ist schon angedeutet worden, daß auch in der Versorgung mit elektrischer Energie aus Rücksicht auf den Kohlenverbrauch eine Beschränkung eintreten müsse. Zwar handelt es sich hier nicht um die schwerer erhältliche Steinkohle, sondern um die heimische Braunkohle. Aber wir wissen ja heute, daß auch mit dieser äußerst sparsam umgegangen werden muß, denn mit jeder Tonne, die hier gespart wird, kann man einen Stubenofen den halben Winter heizen. Auszuscheinlich ist die elektrische Straßenbeleuchtung merklich eingeschränkt. Auch bei der Schaufensterbeleuchtung wird erheblich gespart. Dagegen sieht man die Wagen der elektrischen Bahnen immer noch mit voller Friedensbeleuchtung fahren. Vermutlich lassen sich hier nicht willkürlich einige Lampen ausschalten, ich möchte aber empfehlen, daß auch hier auf einen sparsameren Stromverbrauch hingearbeitet wird, denn auch hier lassen sich täglich tausende von Brennstunden ersparen. Außerdem kann man beobachten, wenn man abends durch die Straßen geht, daß in den Wohnungen vielfach noch eine verschwenderische Lichtfülle herrscht. Die schon im April und Mai dieses Jahres wiederholt durch die Tageszeitungen veröffentlichten Mahnungen zu sparsamerem Stromverbrauch finden noch nicht überall die gebührende Beachtung. Dadurch schädigen die Lichtverschwender nicht nur die Allgemeinheit, sondern auch sich selber, denn die Folge davon muß eine größere, fühlbarere Beschränkung sein. Damit niemand Unkenntnis vorschützen kann, seien die Mittel zur Lichtersparnis hier noch einmal kurz angegeben:

1. Man brenne nicht mehr Lampen als durchaus nötig sind.
2. Man brenne keine Lampe länger als der betreffende Raum erleuchtet sein muß.
3. Man ersetze die Lampen mit einer mehr als genügenden Kerzenzahl durch schwächere. Dabei hat man den Vorteil, daß die Augen geschont werden. Bei einer Lampe von 25 Kerzen können mehrere sehr schön lesen und schreiben. Für den einzelnen halte ich eine solche von 16 Kerzen für ausreichend. Diese entspricht etwa der früheren besseren Petroleumlampe, bei der sich unsere Augen besser befunden haben als bei dem jetzt oft überhellen elektrischen Lichte. Auf Hausflur und Treppe wird man zumeist mit 10kerzigen Lampen auskommen.
4. Man benutze die einzelne Birne nicht zu lange, da ihr Stromverbrauch mit der Zeit größer wird. Bei den Metalldrahtlampen rechnet man mit einer Brenndauer von etwa 1000 Stunden. St.

Provinzial-Nachrichten.

Regelung der Müllabfuhr.

Magdeburg, 4. Okt. Schon vor dem Kriege war man bemüht, die Müllabfuhr in einheitlicher Weise zu regeln. Die verschiedenen Systeme wurden in einer Reihe größerer Städte durch Magdeburger Stadtverordnete studiert, ohne daß es gelang, ein für Magdeburg passendes System zur Einführung zu bringen. Jetzt wird nun die Angelegenheit voraussichtlich zu einem guten Ende geführt werden. Es ist eine Müllabfuhr mit städtischer Oberaufsicht geplant, die sich an das bisher gut bewährte Unternehmen der Hausbesitzer anschließen soll und die auch alle anderen bisher auf eigene Rechnung arbeitenden Müllabfuhrunternehmen in sich aufzunehmen vermag. Also ein gemischtwirtschaftlicher Betrieb, der kommunalpolitisch auf diesem Felde eine völlige Neuschaffung bedeutet.

Die einheitliche Regelung bezw. die Vereinigung der Abfuhr in einer Hand soll nicht nur die rechtzeitige und ausreichende Beschaffung von Leuten und Pferden sicherstellen, sondern auch die Abfuhr selbst einheitlich und planmäß gestalten. Es soll bezirksweise von Haus zu Haus abgefahren werden.

Die Gebühren werden vom Magistrat nach dem Gebäudenutzungswert prozentual erhoben. Für den Rest dieses Rechnungsjahres (die Anstalt beginnt am 1. November) sollen 1.9 Prozent gezahlt werden. Die Stadt ihrerseits zahlt pro Kopf der Bevölkerung an die Genossenschaft 2,20 Mk. jährlich.

✠ **Stumsdorf**, 5. Okt. (Auszeichnung.) Dem Maurer und Hilfswärter auf Bahnmeisterei Stumsdorf Franz Durig aus Werben ist für Rettung eines Menschenlebens mit eigener Lebensgefahr die Rettungsmedaille am Bande verliehen worden.

Naumburg, 5. Okt. (Frecher Diebstahl.) Während einer der letzten Nächte drangen Diebe in das Besitztum von Hermsdorf am Naumburgweg Nr. 13 ein, erbrachen die festen Schlösser an den Stallungen und nahmen drei Ziegen und zwei Hammel mit. In den nahegelegenen Wälde weideten sie die Tiere aus. Es ist in Kürze schon der zweite Diebstahl.

Freyburg (U.), 5. Oktober. (Stadtverordnetensitzung.) Die Sparkassenrechnung für 1916 wurde genehmigt. Die Kasse hatte im Jahre 1916 eine Einnahme von 1 [illegible] 399,30 Mark (1915: 903 187,89 Mk.), eine Ausgabe von 1 691 253,41 Mk. (1915: 840 174,68 Mk.), ein Vermögen von 1 471 442 Mark (1915: 1 415 237 Mk.), einen Gewinn von 7618,85 (1915: 8786,77) Mark. Im heurigen Jahre hatte die Kasse bis zum August schon 226 536 Mark mehr Einlagen als im gleichen Zeitraum 1915 — gewiß ein günstiges Zeichen. — Die Stadtverordneten ermäßigten dem Ratskellerwirt Richter in Anbetracht der schweren Zeiten den jährlichen Pachtpreis für die Zeit vom 1. Juli 1917 bis zum Ablaufe des Vierteljahres, das auf den Friedensschluß folgt auf 600 Mk. und beschlossen, auf Anregung des Stv. Steuendahl, ein Gesuch an das Kaiserliche Reichspostamt in Berlin, die zum 1. Dezember beabsichtigte Umwandlung des hiesigen Postamtes 2. Klasse in ein solches 3. Klasse nicht zur Ausführung zu bringen.

— **Dessau**, 4. Okt. (Rätselhafte Diebstähle) wurden dieser Tage wahrscheinlich auf der Eisenbahn ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19171006010/fragment/page=0003

geführt. Ein hiesiges größeres Schokoladengeschäft erhielt aus der Fabrik eine Kiste mit einer größeren Menge Schokolade. Als die durch sogenannte Bandeisen gesicherte Kiste geöffnet wurde, war das Erstaunen groß, denn in der Kiste fand sich nicht eine Spur Schokolade mehr vor, sondern an deren Stelle Mauersteine. Als Ersatz von der Fabrik eine zweite Kiste geschickt wurde, war auch diese erbrochen. Diesmal war dieselbe mit Kies gefüllt.

Wernigerode, 4. Okt. (Wiedergewinnung der Sprache durch Einwirkung von Elektrizität.) In das Reservelazarett zur Storchmühle wurde vor einiger Zeit ein Soldat eingeliefert, der durch einen bei einer Verschüttung erlittenen Nervenchok die Sprache vollständig eingebüßt hatte. Nach mancherlei anderen vergeblichen Versuchen führte der leitende Arzt Dr. Morgenroth dieser Tage dem Kranken ohne dessen Vorwissen einen elektrischen Strom in die Luftröhre ein. Die Wirkung war zunächst ein unartikulierter Aufschrei des Mannes, dann fand sich das Vermögen wieder, einzelne Worte hervorzustoßen, und gegenwärtig befindet er sich auf dem Wege zu vollständiger Genesung.

Oschersleben, 4. Okt. (Die Stadtverordneten) haben beschlossen, weiteres Notgeld herstellen zu lassen, und zwar 40 000 10-Pfennig-Stücke und 5000 50-Pfennig-Stücke. Der Antrag des Magistrats, das Notgeld Oschersleben gegen das anderer Städte auszutauschen, wurde angenommen.

Sondershausen, 4. Okt. (Brennholzversorgung.) Eine Ministerial-Verordnung bestimmt: Die Versteigerung von Feuerhölzern nach Meistgebot wird bis auf weiteres verboten. Wer mehr als 10 Hektar Wald innerhalb des Fürstentums Schwarzburg-Sondershausen besitzt, ist verpflichtet, den Kommunalverbänden von je 1,5 Hektar nutzbarer Holzbodenfläche 1 Rm. Derbbrennholz (weich oder hart) im Walde aufgearbeitet auf Anfordern zur Verfügung zu stellen.

Sömmerda, 4. Okt. (Beihilfen zu Hauskäufen.) Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik hat, um die Ansiedlung von Facharbeitern weiter zu fördern, beschlossen, sämtlichen Hauskäufern, soweit diese der Voraussetzung als Facharbeiter der Metallindustrie entsprechen, eine bare Beihilfe von 1000 Mk. pro Haus für verheiratete Familienväter zu gewähren, eine Summe, die nach zwanzigjähriger Tätigkeit im Werk in den Besitz der betreffenden Ansiedler übergeht. Diese Maßnahme wird wesentlich dazu beitragen, daß in noch größerem Umfange wie bisher vom Ankauf von Eigenhäusern Gebrauch gemacht wird, so daß zu hoffen steht, daß die Siedlungsgesellschaft „Sachsenland“ mit der Fertigstellung der Kolonie auf dem Gartenberge schnell vorwärts kommt.

† **Suhl**, 4. Okt. (Vom Krieg hart getroffen) wurde die Witwe Luise Schmidt in Dietzhausen. Sie hat jetzt den dritten Sohn durch den Tod fürs Vaterland verloren, den 18jährigen Kanonier Albert Schmidt. Ein vierter Sohn befindet sich schon seit über drei Jahren in japanischer Kriegsgefangenschaft.

Altenburg, 4. Okt. (Ungetreuer Kassierer.) Der Buchhalter und Kassierer der Ueberlandzentrale, Alfred Krasselt, ist verhaftet worden, da er sich Unterschlagungen hat zuschulden kommen lassen. Die Gesellschaft dürfte dadurch nicht geschädigt sein, da sie das Vermögen Krasselts sofort beschlagnahmen ließen. Der veruntreute Betrag soll sehr erheblich sein. K. hat ein sehr kostspieliges Leben geführt, das Summen verschlang, die mit seinen Einkommensverhältnissen nicht in Einklang zu bringen waren.

Kassel, 4. Okt. (Der Raubmord in Melsungen.) Der Verdacht, die Witwe des Fabrikdirektors Kaufmann in Melsungen ermordet zu haben, lenkt sich gegen eine Frau, die am Sonnabend bei der ermordeten Frau in Stellung trat. Der Raubmord scheint von der Frau und einem unbekannten Mann planmäßig ausgeführt zu sein. Die Mörder benutzten dann den Nachtzug Erfurt—Berlin und führten die Beute in einem großen Reisekoffer mit sich fort.

Vermischtes.

Ein Schiffer, der auf Frieden wartet. In den letzten Jahren des 16. Jahrhunderts war ein holländischer Kapitän namens Villun mit einer Ladung Fische in London gelandet. Dort erfuhr er, daß Königin Elisabeth leidenschaftlich gern Aale aß, und so suchte er die schönsten Exemplare aus und sandte sie der Herrscherin als Geschenk. Sie war darüber so gerührt, daß sie als Dank für die Gabe dem holländischen Kapitän für sich und seine Nachkommen auf ewige Zeit das Recht bewilligte, an einem bestimmten Punkte der Themse mit seinem Schiff vor Anker zu gehen und dort, ohne Hafengebühren zu zahlen, beliebige Zeit zu verweilen. Bedingung war indessen, daß der Platz stets besetzt sein müsse. Da sich in England noch mehr als anderswo Gesetze und Rechte wie eine ewige Krankheit forterben, besteht das Recht des holländischen Kapitäns, bis heutigen Tages fort, und wird von den Nachkommen des Kapitäns Villun auch ausgenutzt. Der heute lebende Kapitän Villun hat sogar angesichts der von den deutschen U-Booten drohenden Gefahr den seiner Familie zugewiesenen Ankerplatz seit Kriegsbeginn nicht wieder verlassen, sondern lebt ständig an Bord seines Schiffes, raucht seelenvergnügt seine Pfeife und wartet, bis ihm die Einstellung der Feindseligkeiten die ungefährdete Rückkehr erlaubt. ml.

Ein weiblicher Enoch Arden. In Frankreich erwartet man mit besonderer Spannung die Entscheidung des Gerichtes im Falle einer Frau, die man füglich die verheiratetste Frau der Welt nennen kann. Als der Krieg ausbrach, war sie mit einem Manne verheiratet, den das Vaterland gleich bei Beginn ihren Armen entriß. Er fiel als Held, beweint von seiner Gattin, die sich indes so rasch und gründlich mit dem Gedanken tröstete, daß er für das Vaterland gefallen war, daß sie unmittelbar nach Ablauf der Trauerzeit eine neue Ehe einging. Aber auch das neue Eheglück währte nicht lange. Der zweite Gatte ist vom Vaterlande ebenfalls abgefordert, und auch er fiel. Aufs neue flossen die Tränen der schwergeprüften jungen Frau, aber auch diesmal fand sie in dem Gedanken des Heldentodes ihres zweiten Gatten den Trost, der sie ermutigte, einen dritten Mann zu nehmen. Dieser dritte blieb ihr erhalten. Das Unglück aber blieb nicht aus. Nur kam es diesmal von einer anderen Seite. Durch eine merkwürdige Verkettung von Umständen war sowohl der erste wie der zweite ihrer Männer gar nicht gefallen. Beide waren fälschlich tot gemeldet worden, während in Wahrheit der eine vermißt und der andere gefangen war. Umstände, die zu verwickelt sind, um sie in Kürze zu erklären, hatten es beiden unmöglich gemacht, ein Lebenszeichen von sich zu geben. Der Gefangene, der schwer verwundet war, war inzwischen ausgetauscht worden, und auch dem Vermißten war es, Gott weiß wie, gelungen, wieder in die Heimat zu gelangen. So fanden sich denn beide eines Tages vor der Tür ihrer legitimen Ehehälfte und erlebten beide die unangenehme Ueberraschung, diese als nicht minder gesetzliche Gattin eines Dritten vorzufinden. Der Fall ist so verwickelt, wie nur möglich; denn die beiden vom Gesetz als tot gebuchten Gatten denken gar nicht daran, ihre gesetzlich selbstverständlich erloschenen Rechte an die Vielbegehrte tatsächlich aufzugeben. ml.

Letzte Depeschen.

Zusammenbruch des englischen Großangriffs in Flandern.

Schwere blutige Verluste der Engländer und Franzosen.

Berlin, 5. Okt. An der flandrischen Front suchte am 4. Oktober der Engländer in gewaltigem Großangriff unter Einsatz stärkster Kräfte und aller Mittel die Entscheidung im Kampf um die U-Boot-Basis. Ein großer Teil der englischen Armee wurde hier gegen Bruchteile der deutschen Armee eingesetzt. Vom frühen Morgen bis zum späten Abend tobte die erbitterte Schlacht. Hatte die Artillerievorbereitung der letzten Tage schon alles bisher Dagewesene übertroffen — nach Feststellungen Churchills vom 3. Oktober sind in der letzten Woche in Flandern viermal so viel Granaten verschossen worden als 1916 an der Somme —, so war auch die Fortsetzung des Artilleriekampfes während der Schlacht selbst von bisher nie gekannter Stärke. Im ersten Morgengrauen warf der Gegner gegen den Abschnitt Bahn Boesinghe—Staden bis zum Kanal von Hollebeke gewaltige tiefgegliederte Infanteriemassen — englische, australische, neuseeländische Divisionen und Schotten — zum Angriff vor, denen starke Reserven dichtauf folgten. Alles, was die moderne Kriegstechnik an Angriffsmitteln erfunden und geschaffen hat, begleitete diesen Anprall. Durch unsere wuchtigen und kraftvoll geführten Gegenstöße wurde das erbitterte Ringen bis zum Aeußersten gesteigert. Den ganzen Tag über wogte der Kampf in unverminderter Stärke hin und her. Unablässig warf der Feind neue Verstärkungen in die Schlacht und versuchte durch rücksichtslosen Menscheneinsatz die ersten Anfangserfolge zu erweitern. Poelcapelle, Zonnebeke und Gheluvelt schälten sich bald als Brennpunkte des erbitterten Kampfes heraus. Am späten Abend versuchte abermals der Gegner, den etwa einen Kilometer tiefen Einbruch in unsere Abwehrzone zu erweitern. Um 6 Uhr 30 Min. abends warf er gegen die Fronten unseres Trichterfeldes westlich Passchendaele-Becelaere frische geschlossene Infanteriemassen zum Angriff vor. Desgleichen erfolgte um 7 Uhr beiderseits der Chaussee Ypern-Menin ein neuer Angriff, der von starken frischen feindlichen Kräften ausgeführt wurde. Wiederum entspann sich ein Ringen mit größter Erbitterung, ohne daß es dem Gegner gelang, irgend welche weiteren Vorteile zu erringen. Erst nach 10 Uhr abends flaute die Infanterieschlacht ab. Die weitgesteckten Ziele der Engländer wurden nicht im entferntesten erreicht. In der Abwehrzone unseres Trichterfeldes ist auch dieser neue Großangriff des Gegners abermals unter den schweren Verlusten blutig zusammengebrochen. Die Leistungen und der Heldenmut unserer Truppen, die hier in Flandern in schwerstem Ringen einem vielfach überlegenen Feind gegenüberstehen, der noch vor Jahresabschlusse die Entscheidung erzwingen will oder muß, ist unvergleichlich. Der Versuch englischer Berichte, ihre weitgesteckten Ziele, die die Entscheidung bringen sollen, abzuleugnen, sind bewußte Unwahrheiten und nichts weiter als eine Vorsichtsmaßregel, die durch die Erfahrung früherer Beurteilungen der Flandernschlachten geboten erscheint. — In der Nacht setzte der Feind sein Zerstörungsfeuer auf unsere Linien fort, das sich in den Morgenstunden des 4. Oktober stellenweise wieder verdichtete.

Während an der Arras-Front und in der Gegend St. Quentin nur stellenweise die beiderseitige Feuertätigkeit lebhafter wurde, erfolgte auf dem Ostufer der Maas bei Einbruch der Dunkelheit nach starker Feuersteigerung der erwartete französische Angriff beiderseits der Höhe 344. Mit starken Kräften in etwa 2 Km. Breite rannte hier der Feind zum 12. Male innerhalb drei Tagen vergeblich gegen unsere neugewonnenen Stellungen an. Jeder Geländegewinn blieb ihm versagt. Der neue Mißerfolg kostete wieder den Franzosen hohe blutige Verluste und Einbuße an Gefangenen.

Japan der Protektor Chinas.

Japanisch-amerikanischer Notenaustausch.

London, 5. Oktober. „Central News“ meldet: „Daily Telegraph“ erfährt aus Washington, daß zwischen Japan und den Vereinigten Staaten Noten über internationale Beziehungen ausgewechselt werden sollen, u. a. über das japanische Protektorat in China und über die japanischen Flottenbewegungen im Stillen Ozean.

Argentinien gegen eine Blockierung Deutschlands.

Bern, 5. Oktober. Der „Petit Parisien“ meldet aus Washington: Ein Telegramm des Gesandten Argentiniens dementiert die Nachricht, daß eine Konferenz der lateinischen Republiken zwecks Bildung einer Wirtschaftsliga zur Organisation der Blockade gegen Deutschland zusammengetreten sei.

Kontrolle über schwedische Depeschen.

e. B. London, 5. Oktober. Sämtliche Depeschen aus Buenos Aires, die über Washington an die schwedische Regierung gehen, werden jetzt außer vom amerikanischen Staatsdepartement auch vom britischen Zensor kontrolliert.

Kriegsunterstützung der Beamten in Ungarn.

Budapest, 5. Oktober. Der Ministerrat beschloß, dem demnächst zusammentretenden Abgeordnetenhaus eine Gesetzesvorlage über eine 50 bis 100prozentige Kriegsunterstützung öffentlicher Beamten zu unterbreiten.

(Letzte Depeschen siehe auch Seite 1.)

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 5. Oktober. Der freie Effektenverkehr eröffnete in ziemlich fester Haltung, doch machte sich bald eine gewisse Neigung zu Realisierungen bemerkbar, so daß die Haltung nicht als gleichmäßig anzusprechen war. Von Montanpapieren notierten Phönix, Gelsenkirchner, Harpener und Caro wenig verändert, Laurahütte, Lindenberg, Thale, Becker, Königsborn, Kattowitzer, Friedrichshütte und van der Zypen fester, doch Bochumer, Consolidation und Riebeck schwächer. Zum Teil niedriger waren Rüstungswerte wie Deutsche Waffen, Köln-Rottweiler und Dynamit. Rheinmetall-Aktien unterlagen mehrfachen Preisschwankungen, während Benz und besonders Daimler stiegen. Schiffahrtsaktien befestigten sich etwas. Ferner zeichneten sich Kaliwerte, namentlich Heldburg durch Festigkeit aus. Daneben wurden Ronnenberg, Hattorf und Salzdetfurth gefragt. Die Millionenausschüttung bei der Auergesellschaft scheint letzthin von der Spekulation bereits im Kurse der Aktien eskomptiert worden zu sein, denn diese schwächten sich heute ab. Im übrigen sind als höher zu erwähnen u. a.: Erdöl, Thörl, Stoewer, Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Orenstein, Panzer, Weser, Flöther, Ahls Hotelbetriebsgesellschaft, Bemberg, Weiler ter Meer und Chemische Fabrik Buckau. Als niedriger wurden dagegen u. a. genannt: Arnsdorfer Papierfabrik, Griesheim Elektron, Stahnsdorfer Terrain, Edison, Schuckert, Wandererwerke und Riedel. Die Aktien des Anilinkonzerns waren preishaltend. Für Credit und österreichisch-ungarische Staatsbahnaktien trat auf Wien neuerliche Nachfrage hervor.

Der Anleihemarkt lag sehr still. Deutsche Fonds gut behauptet. Javaner und polnische Pfandbriefe eher schwächer. Privatdiskont 4⅝ Prozent und darunter. Tägliches Geld etwa 4¼ Prozent.

Devisenkurse.

Berlin, 5. Oktober 1916.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt

		Heute		Voriger Tag	
		Geld	Brief	Geld	Brief
New York	1 Doll.	—	—	—	—
Holland	100 fl.	303¾	304¼	303¾	304¼
Dänemark	100 Kr.	221	221½	221	221½
Schweden	100 Kr.	244¾	245¼	244¾	246¼
Norwegen	100 Kr.	221¼	221¾	221¼	221¾
Schweiz	100 Fr.	152¼	152½	152¾	152½
Wien, Budapest	100 K.	64.20	64.30	64.20	64.30
Bulgarien	100 Leva	80.75	81.25	80.75	81.25

Konstantinopel Geld 20,20 Brief 20.30 für ein türkisches Pfund.

Spanien Geld 130.50 Brief 131.50 für 100 Pesetas

Getreide.

Berlin, 4. Oktober. Im hiesigen Warenverkehr zeigte sich stärkere Nachfrage für Runkelrüben zu Futterzwecken; es stand jedoch nur wenig Ware zur Verfügung, da die Landwirte zu den bestehenden hohen Preisen wenig Neigung zeigen, Ware abzugeben. Am Rauhfutter- und Saatenmarkt war es still.

Gewerkschaft Großherzog Wilhelm Ernst in Oldisleben. Der Betrieb verlief im zweiten Vierteljahr über und unter Tage den obwaltenden Verhältnissen entsprechend zufriedenstellend. Der Versand betrug insgesamt 13 067,09 Dz. K_2O, ferner 9350 Dz. Kieserit und 10 000 Kg. Brom, woraus ein Ueberschuß von 236 070 Mark erzielt wurde. Hiervon sind für Syndikatsspesen usw. 106 819 Mk. zurückgestellt, so daß sich ein Reinüberschuß von 129 251 Mk ergibt. Der Reinüberschuß für das erste Halbjahr 1917 beträgt demnach 187 421 Mk. ohne Berücksichtigung der Abschreibungen und des Vortrages. Ausbeute kommt für das zweite Vierteljahr 1917 nicht zur Verteilung.

Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation. Nach dem Verwaltungsbericht betrug der Gewinn der allgemeinen Betriebsrechnung 26 492 486 (i. V. 25 401 668) Mk. Die Zinsenrechnung ergab 975 920 (393 348) Mk., Aufgeld und Abzugsrechnung 87 501 (269 149) Mk. Nach Abzug der allgemeinen Unkosten mit 4 668 662 (3 440 261) Mk und nach Abzug von 5 328 985 (5 288 540) Mk. Abschreibungen werden wiederum wie i. V. 2 Mill. Mark für Ueberführung der Betriebe in die Friedenszeit zurückgestellt. Es verbleibt danach ein Reingewinn von 15 558 260 (15 335 366) Mk. Hieraus werden, wie bekannt, wieder 25 Prozent Dividende wie i. V. verteilt, wozu 9 Mill. Mark erforderlich sind. Der Fritz Baare-Stiftung werden diesmal 500 000 Mk. gegen je 1 500 000 Mark auf neue Rechnung vorgetragen. Zu dem Rohgewinn haben beigetragen die Stahlindustrie 399 600 Mk., wie i. V., Engelsburg 681 396 (885 617) Mark, Karolinenglück 2 127 342 (2 061 831) Mk., Teutoburgia 362 133 (472 274) Mk., die Eisensteingrube 621 794 (331 797) Mk., die Quarzitgrube 11 507 (24 695) Mk. Die in das neue Geschäftsjahr übernommenen Aufträge bei der Gußstahlfabrik und der Stahlindustrie halten sich ungefähr auf der Höhe des Vorjahres. Alle Betriebe sind bis zur vollen Leistungsfähigkeit beschäftigt. Nach der Bilanz betrugen am 30. Juni die Bestände an Kasse, Wechseln und Außenständen 20 (28,5) Mill. Mk., fertigen und halbfertigen Waren 8,9 (4.1) Mill. Mk., Rohstoffen 17,9 (5,9) Mill. Mk., Wertpapieren 29.2 (15,6) Mill. Mk., dagegen werden 52,9 (27.3) Mill. Mk. Gläubiger ausgewiesen.

„Visurgis“, Heringsfischerei A.-G. in Bremen. Im Jahre 1916/17 erzielte die Gesellschaft einen Reingewinn von 80 648 Mark (i. V. 4936 Mk. nach Tilgung von 136 261 Mk. Verlustvortrag). Diesmal sollen 4 Prozent Dividende (i. V. 0) verteilt werden. Nach dem Geschäftsbericht befanden sich die Dampflogger weiter in lohnender Tätigkeit. Auch im übrigen blieb die Beschäftigung der Gesellschaft dieselbe wie im Vorjahr. Neu aufgenommen ist die Frischfischerei, wozu die Motorlogger der Fischereigesellschaft „Brema“ zur Verfügung standen. Nunmehr hat die Gesellschaft zwölf Motorschiffe der „Brema“ gekauft, um sie nach und nach in den Dienst der Fischerei zu stellen.

Amerikanische Warenmärkte.

Chicago, 3. Okt. Weizen: Sept. —, Dez. —, Mai —. Mais Sept. 120, Dez. 115⅝, Mai 116⅜. Schmalz: Sept. 24,60, Dez. 24,70, Mai 23.42. Pork: Sept. —, Dez. —, Mai 46,75. Rippen: Sept. 26,57, Dez. —, Mai 24,87. Hafer: Sept. 60, Dez. 62, Mai —.

Newyork, 3. Okt. Winterweizen: 226, 226. Mais —. Mehl: 10,50—10,70. Zucker: 690. Kaffee: 8⅛.

Elbe 5. Oktober.

Aussig	—0,80	Roßlau	+0,01
Dresden	—2,02	Barby	+0.15
Torgau	+0,24	Schönebeck	+0,02
Wittenberg	+0,72	Magdeburg	+0.24

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Hugo Franke. Druck und Verlag von Otto Hendel, Sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19171006010/fragment/page=0004